

Beschluss des Präsidiums der SPD

vom 27.06.2019

Impulse für mehr Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und eine zukunftsfähige Wirtschaft

Unser Selbstverständnis ist: Wir sind dem Schutz der Menschen verpflichtet, deren Leben nicht privilegiert ist – ihr Alltag muss zu meistern und bezahlbar sein, und ihre Arbeitsplätze müssen sicher sein. Wir wissen zugleich, dass wir vor einem tiefgreifenden Umbau unserer Industriegesellschaft stehen, um die natürlichen Lebensgrundlagen für uns und die künftigen Generationen zu sichern.

Das Ziel des Pariser Klimaschutzabkommens, die globale Erderwärmung deutlich unter 2 Grad zu halten und auf möglichst 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, und die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) sind Bestandteil des sozialdemokratischen Leitbilds, denn wir wollen unseren Planeten für nachfolgende Generationen zukunftsfähig und lebenswert erhalten. Treibhausgasneutralität in Deutschland für 2050 zu erreichen – und das unter den Vorzeichen gerechter Verteilung der Chancen und Kosten – ist eine riesige Herausforderung. Wir treten in eine Epoche ein, die eine neue Qualität menschlicher Verantwortung und politischer Gestaltung für das Gemeinwohl erfordert. Der Schutz der Umwelt ist nicht alles. Aber ohne ihn kann alles nichts sein.

Darum formulieren wir nicht nur ambitionierte Ziele, sondern beschreiben die notwendigen Schritte, deren Voraussetzungen und Folgen. Um die Ziele zu erreichen setzen wir auf den Dialog mit möglichst allen Beteiligten, denn das stärkt die notwendige gesellschaftliche Akzeptanz für die bevorstehende Transformation.

Anders als die anderen Parteien denken wir ökologische Vernunft, technisch-ökonomische Innovationen, soziale Gerechtigkeit und mehr Demokratie und Bürger*innenbeteiligung zusammen. Wir sorgen damit für den notwendigen gesellschaftlichen Zusammenhalt im Wandel und sind der Garant dafür, dass der ökologische Umbau den Menschen dient und die Wirtschaft stärkt. Von dem Gelingen dieser sozial-ökologischen Transformation hängt gute zukünftige Arbeit für Millionen von Menschen und die Zukunft unseres Wirtschaftsstandorts ab. Deshalb geht es bei unserem Programm um ein soziales und wirtschaftliches Modernisierungsprojekt, in dessen Zentrum Arbeit und Umwelt stehen. Es geht darum, unseren Auftrag als Partei der Arbeitnehmer*innen unter den Vorzeichen dringender klimapolitischer Herausforderungen, in Zeiten von Globalisierung und Digitalisierung neu einzulösen. Es ist unsere Aufgabe, technischen Fortschritt in sozialen und ökonomischen Fortschritt umzuwandeln.

Der nötige Umbau der Wirtschaft verlangt nach einer sozialdemokratischen Strukturpolitik, die Wirtschaftspolitik nicht darauf reduziert, einen Ordnungsrahmen für den freien Markt zur Verfügung zu stellen, sondern die erforderlichen Transformationsprozesse mit einem modernen Mix aus Ordnungsrecht, finanziellen Anreizen und öffentlichen Investitionen in die erforderliche Richtung leitet. Es geht um eine Strukturpolitik, die auf eine starke Sozialpartnerschaft bei der konkreten Umsetzung setzt und die tarifliche wie betriebliche Mitbestimmung in der Transformation ausbaut.

43 Gut qualifizierte Arbeitnehmer*innen sind eine Voraussetzung für einen erfolgreichen
44 Transformationsprozess. Es sind die Beschäftigten vor Ort, die neue Konzepte und
45 Systeme anwenden und umsetzen. Deshalb gilt es, sie weiter gut auszubilden und
46 weiter zu qualifizieren. Gleichzeitig gilt es auch, in den Betrieben eine Kultur der Be-
47 teiligung und der Mitbestimmung aufzubauen oder zu stärken. Ideen und Innovationen
48 aus der Belegschaft können nur in einer Unternehmenskultur entstehen, die Engage-
49 ment willkommen heißt. Betriebsrät*innen sind wichtige Akteure bei der Umsetzung
50 des Klimaschutzes vor Ort. Entsprechende Mitbestimmungsstrukturen und Experi-
51 mentierräume helfen, die Beschäftigten für neue Ideen zu begeistern.

52 Klimaschutz kann Innovationen „Made in Germany“ antreiben, für neue Arbeitsplätze
53 sorgen und die Exporte unserer Unternehmen stärken. Dabei bauen wir auf die Inno-
54 vationskraft unserer Unternehmen, die Erfahrungen und das Wissen der Arbeitneh-
55 mer*innen und die Stärke einer funktionierenden Sozialpartnerschaft.

56 Bereits in den Koalitionsverhandlungen ist es uns gelungen, mit der Einsetzung der
57 Strukturwandelkommission, dem Klimaschutzgesetz sowie der Verankerung der Mo-
58 bilitätswende und des Ausbauziels für die erneuerbaren Energien wichtige klimapoliti-
59 sche Akzente zu setzen. Darauf aufbauend haben wir unsere Klimaschutz- und Struk-
60 turpolitik in Regierung, Partei und Bundestagsfraktion konsequent weiterentwickelt.
61 Wir haben nun das Klimaschutzgesetz vorgelegt, die Weichen für den Kohleausstieg
62 gestellt und in Europa für strenge CO₂-Grenzwerte für PKWs gekämpft. Jetzt wollen
63 wir zeigen, was Klimaschutz darüber hinaus konkret für uns bedeutet und wie wir ihn
64 sozial gerecht gestalten.

65 Das sind die Leitprojekte für unsere Arbeit in den kommenden Monaten:

66

67 **1. Mit dem Klimaschutzgesetz erstmals einen Rahmen für Planbarkeit und Ver-** 68 **bindlichkeit in die deutsche Klimapolitik bringen**

69 Im Rahmen der europäischen Rechtsvorschriften zur Lastenteilung (Effort Sharing) hat
70 sich Deutschland auch in Sektoren, die nicht unter den Emissionshandel fallen, wie
71 Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft zu substantiellen CO₂-Einsparungen verpflich-
72 tet. Die finanziellen Risiken, wenn wir kein CO₂ einsparen, steigen deshalb deutlich
73 an: Wenn Deutschland seine Klimaziele in diesen Bereichen verfehlt, drohen Strafzah-
74 lungen in zweistelliger Milliardenhöhe bis 2030. Schon aus diesem Grund macht es
75 Sinn, ein CO₂-Budget für die einzelnen Sektoren einzuführen und zu überwachen. Den
76 Rechtsrahmen dafür wird das Klimaschutzgesetz bilden, das die Ziele aus dem Klima-
77 schutzplan 2050 übernimmt und gesetzlich verbindlich macht.

78 Das Klimaschutzgesetz steht für klare Verantwortung und Transparenz und bietet end-
79 lich einen konkreten Plan zur Umsetzung unserer Klimaschutzziele, der über viele
80 Jahre gefehlt hat. Denn es mangelte in der Vergangenheit nicht an Zielen, sondern vor
81 allem an konkreten Plänen, um sie in jedem einzelnen Sektor und damit auch insge-
82 samt zu erreichen. Darum muss dem Klimaschutzgesetz ein belastbarer Plan zu-
83 grunde liegen, damit von Anfang an die Verbindlichkeit der Ziele zum Ausdruck kommt.
84 Es muss versehen sein mit einem verlässlichen Monitoring und klaren Mechanismen,
85 die bei absehbarer Zielverfehlung für ein frühzeitiges Umsteuern sorgen. Wie im Kli-

86 Klimaschutzgesetz vorgesehen brauchen wir außerdem eine regelmäßige Fortschrei-
87 bung unserer Maßnahmenpakete, die konkrete Instrumente zur CO₂-Einsparung zu-
88 sammenfassen und so zu einer verlässlichen Zielerreichung führen. Auch große Teile
89 der Wirtschaft verlangen diese erhöhte Planungssicherheit – denn Klimaschutz kann
90 der Fortschrittmotor für die Wirtschaft werden. Das Klimaschutzgesetz muss jetzt in
91 der Bundesregierung beraten und noch in diesem Jahr vom Deutschen Bundestag
92 beschlossen werden.

93

94 **2. Sicherheit im Strukturwandel schaffen und Kohleausstieg beschließen**

95 Tiefgreifende Strukturwandel kommen in allen Sektoren auf uns zu. Bei der Gestaltung
96 des Strukturwandels spielt für uns der Staat eine zentrale, steuernde Rolle. Er muss
97 Technologieentscheidungen treffen, Infrastrukturen als Impuls für Strukturentwicklung
98 einsetzen und dafür sorgen, dass der Strukturwandel sozialverträglich vonstattengeht.
99 Wir überlassen die vom Kohleausstieg wie auch der Antriebswende in der Automobil-
100 industrie betroffenen Regionen nicht dem Markt, wie es einige Neoliberale und Kon-
101 servative propagieren. Deshalb wollen wir beim Strukturwandel neue Perspektiven er-
102 öffnen, bevor sich alte schließen. Deshalb wollen wir neue Infrastrukturen ausbauen,
103 bevor Engpässe entstehen.

104 Das Ergebnis der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung ist ein
105 Erfolg des Ansatzes der Sozialdemokratie, Arbeit und Umwelt zusammen zu denken.
106 Klimaschutz, die Interessen der betroffenen Regionen, der Beschäftigten und der Wirt-
107 schaft müssen in Einklang gebracht werden. Unser Anspruch ist, Betroffene zu Betei-
108 ligten zu machen und im direkten und kritischen Diskurs miteinander einen gesamtge-
109 sellschaftlichen Konsens zu erreichen. Das ist der beste Weg in einer demokratischen
110 Gesellschaft, die großen Herausforderungen der Menschheit vernünftig und sozial zu
111 lösen. Deutschland kann hier auch ein Vorbild für andere Staaten mit einer Kohlewirt-
112 schaft sein.

113 Öffentliche und private Investitionen sind die Voraussetzung für neue Wertschöpfung
114 und Beschäftigung in den vom Kohleausstieg betroffenen Regionen. Die SPD sorgt
115 dafür, dass umfangreiche öffentliche Mittel für die dafür notwendige Strukturentwick-
116 lung den Kohleregionen zur Verfügung gestellt werden. Mit dem Sofortprogramm für
117 Braunkohleregionen haben wir bereits den ersten Schritt getan. Weitere, wie das
118 Strukturstärkungsgesetz, werden folgen. Die Sozialpartner werden vor Ort an der Ent-
119 scheidung über Förderprojekte und die Mittelverwendung beteiligt. Es gibt erstmals
120 einen verlässlichen Pfad für den Ausstieg aus der Kohleverstromung bis spätestens
121 2038 - wenn die Rahmenbedingungen geschaffen sind, auch schon früher.

122 Wir brauchen Verlässlichkeit: Für unsere Klimaschutzziele im Energiebereich, für die
123 Kumpel in den Revieren, für die Regionen, die sich als innovative Energieregionen
124 aufstellen werden und für die Energieversorgung. Wichtig ist, die Beschlüsse nun zü-
125 gig in Gesetzesform zu bringen. Das Kohleausstiegsgesetz, ein neues Anpassungs-
126 geld für die soziale Absicherung der Beschäftigten in den Kohleregionen und das Struk-
127 turstärkungsgesetz müssen noch in diesem Jahr vom Deutschen Bundestag beschlos-
128 sen werden.

129 Vorrang haben neue, gute (Industrie-)Arbeitsplätze in den Regionen. Mehr Sicherheit
130 in der Transformation erreichen wir zugleich nur mit einer aktiven Arbeitsmarkt- und
131 Weiterbildungspolitik. Das neue Qualifizierungschancengesetz ist ein erster wichtiger
132 Schritt, um mit Fort- und Weiterbildung den Beschäftigten und Betrieben im Struktur-
133 wandel die notwendigen betrieblichen und qualifikatorischen Anpassungen zu erleich-
134 tern. Die Arbeitgeber erhalten Lohnkostenzuschüsse, wenn sie ihre Beschäftigten
135 während der Weiterbildung unter Fortzahlung des Arbeitsentgelts freistellen. Das wol-
136 len wir aber noch ausweiten. Denjenigen, deren Job durch die Transformation bedroht
137 ist, weil ihre Ausbildung nicht mehr benötigt wird, werden wir die Garantie für eine
138 geeignete Umschulung geben (Qualifizierungsgarantie). Wenn darüber hinaus erheb-
139 liche Teile eines Betriebes transformationsbedingt neu aufgestellt werden müssen,
140 brauchen wir neue Instrumente. Mit einem Transformationsgeld verfolgen wir das Ziel,
141 angelehnt an das Konzept der Kurzarbeit, kombiniert mit einer Weiterbildungskompo-
142 nente, Beschäftigungs- und Entgeltsicherung für die Mitarbeiter*innen, Planungssi-
143 cherheit für die Betriebe und eine betrieblich sinnvolle Weiterbildungsförderung mitei-
144 nander zu verbinden. Bei den neuen Maßnahmen werden wir zudem die besonderen
145 Bedarfe von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU), etwa im Hinblick auf
146 Beratung und Betreuung, stärker berücksichtigen, damit auch sie in der Transforma-
147 tion bessere Chancen erhalten, sich und ihre Beschäftigten neu und zukunftsfähig auf-
148 zustellen. Mit diesen Maßnahmen ermöglichen wir einen schnellen Umstieg auf eine
149 klimafreundliche Wirtschaft, ohne dass Arbeitslosigkeit oder der Verlust von guten Ar-
150beitsplätzen die Folge ist.

151

152 **3. 65 Prozent erneuerbare Energien in 2030 endlich gesetzlich verankern**

153 Mit dem Kohleausstieg ist ein wichtiger Schritt zum Umbau unseres Energiesystems
154 geschafft, aber noch lange nicht das Ziel erreicht. Im Gegenteil: Wir müssen die Brem-
155 sen lockern beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Maßnahmen, die gewährleisten,
156 dass wir das im Koalitionsvertrag formulierte 65 Prozent-Ziel erneuerbarer Energien
157 inklusive der dafür nötigen Infrastruktur in 2030 sicher erreichen, müssen endlich ge-
158setzlich verankert werden.

159 Wir setzen uns, wo immer es geht, für eine stärkere Dezentralisierung der Energiever-
160sorgung ein. Die von der EU beschlossenen Regeln für eine dezentrale Bürgerenergie
161 müssen schnell umgesetzt werden. Wir brauchen Anreize für einen bundesweit gleich-
162mäßiger verteilten Ausbau von Windenergieanlagen und eine Regionalisierungsquote
163 in den Ausschreibungen. Damit die Energiewende gelingt, muss der Ausbaudeckel für
164 Solarenergie im EEG gestrichen werden. Auch der Deckel für Windenergie muss fal-
165 len. Grünstrom-Verträge außerhalb des EEG sollen ermöglicht und die EEG-Aus-
166schreibungsmenge erhöht werden. Bund und Länder sollen sich zudem auf eine ge-
167meinsame Flächenkulisse für neue Erneuerbare Energien einigen.

168 Unser Ziel muss sein, das Netz frühzeitig und vollständig ausgebaut zu haben, schon
169 bevor das letzte Kohlekraftwerk vom Netz geht. Wenn die Energiewende erfolgreich
170 sein soll, müssen wir die Netze schneller ausbauen und bestehende Netze besser
171 nutzen. Die nächste Novelle des Bundesbedarfsplans muss den Ausbau der Übertra-
172gungsnetze so konkret wie möglich festschreiben und die vereinbarten Ziele (Paris,
173 EE-Ausbau, Kohleausstieg, usw.) zugrunde legen. Wir müssen mehr flexible Lasten

174 und Speicher ermöglichen. Um die Akzeptanz der Windenergie zu fördern, können
175 Bürgerwindparks und die finanzielle Beteiligung von Bürger*innen und Kommunen
176 Möglichkeiten sein, die Akzeptanz vor Ort zu erhöhen. Die Kraft-Wärme-Kopplung wol-
177 len wir noch stärker für die Verzahnung von Energiewende und Wärmewende nutzen,
178 d.h. konkret: Wir wollen das KWK-Gesetz verlängern und damit den vielen insbeson-
179 dere kommunalen Betreibern eine zuverlässige Perspektive geben. Auch müssen wir
180 das Wärmenetz der Zukunft ausbauen, damit wir netztechnische Engpässe wie beim
181 Stromnetz verhindern können.

182 Wir brauchen eine Effizienzrevolution bei der Wandlung und Nutzung von Energie.
183 Hier liegt das größte Einsparpotenzial, das auch vor Ort einen gewichtigen Beitrag zur
184 Schaffung von mehr qualifizierten Arbeitsplätzen leistet, die Wettbewerbsfähigkeit un-
185 serer Unternehmen steigert und gleichzeitig den Komfort im Alltag nicht einschränkt.
186 Wir werden die Modernisierung von Anlagen anreizen und einen bewussteren Umgang
187 mit Strom und Wärme im Alltag ermöglichen.

188 Das Zieldreieck aus Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlich-
189 keit muss für die Zukunft um die Dimensionen soziale Gerechtigkeit und Akzeptanz
190 ergänzt werden. Tarifbindung und ein faires Miteinander zwischen Unternehmen und
191 Beschäftigten sind für uns nicht verhandelbare Grundsätze, auch in der Erneuerbaren-
192 Energien-Branche. Wir wollen die Notwendigkeit des Klimaschutzes wieder in den Mit-
193 telpunkt rücken und die damit zusammenhängenden Herausforderungen offensiv an-
194 nehmen, indem wir Nutzen und Lasten der Energiewende gerechter verteilen und
195 mehr Unternehmen und Bürger*innen zu Akteur*innen machen.

196 Wir sind überzeugt: Gelingt die Energiewende vor Ort, dann gelingt die Energiewende
197 als Ganzes. Kommunale Unternehmen – im Nahverkehr und bei den Stadtwerken –
198 können Klimaschutz betreiben und gleichzeitig gute Arbeitsbedingungen gewährleis-
199 ten. Damit verknüpfen sie das Ökologische mit dem Sozialen. Dezentrale ökologische
200 Quartierslösungen können Klimaschutz nicht nur in gut situierten Gegenden, sondern
201 überall ermöglichen. Damit bringen sie Klimaschutz in die Breite der Gesellschaft. In
202 den Kommunen liegt noch großes Innovations- und Investitionspotential, insbesondere
203 mit Blick auf den bisher eher vernachlässigten Effizienz- und Wärmebereich. Wir wol-
204 len dieses Potenzial gemeinsam heben.

205 **4. Sektorkopplung ausbauen, Chancen von Wasserstoff nutzen, europäische** 206 **Anbindung ausbauen**

207 Bisher findet die Energiewende in den Sektoren Energiewirtschaft, Industrie, Ge-
208 bäude, Verkehr und Landwirtschaft relativ isoliert voneinander statt. Es ist wichtig,
209 dass wir in den kommenden Jahren nicht nur auf die Stromversorgung schauen, son-
210 dern die verschiedenen Sektoren zu einem integrierten Energiesystem verknüpfen.
211 Energie soll zwischen den Sektoren ausgetauscht werden können. Diese sogenannte
212 „Sektorkopplung“ spart Geld, Emissionen und Rohstoffimporte. Das integrierte Ener-
213 giesystem ist damit sicherer, günstiger und sauberer als die Summe seiner Sektoren.

214 Der Aufbau neuer Technologien wie etwa die Batteriezellenproduktion oder Wärme-
215 pumpen für diese Sektorkopplung im industriellen Maßstab kann in den ehemaligen
216 Kohlerevieren – aber nicht nur dort – neue Arbeitsplätze schaffen und völlig neue Wirt-
217 schaftsstrukturen und Wertschöpfungsketten ermöglichen. Als Technologieführer bie-
218 ten sich für die nationale Wirtschaft enorme Exportpotentiale.

219 Eine wichtige Rolle bei der Energiewende werden auch strombasierte Brenn-, Kraft-
220 und Grundstoffe (Power to X, PtX) spielen: Hierbei wird Strom aus erneuerbaren Ener-
221 gien u.a. in Wasserstoff umgewandelt. Insbesondere in Bereichen, in denen eine di-
222 rekte Nutzung von Strom auch in der Zukunft technisch wahrscheinlich nicht möglich
223 sein wird (z.B. in der chemischen Industrie oder im Flug- oder Schiffsverkehr), können
224 diese Stoffe eine wichtige Alternative zu fossilen Energieträgern darstellen. Dabei
225 muss sich der Einsatz daran orientieren, dass bei der Produktion der Strom aus er-
226 neuerbaren Energien so effizient wie möglich eingesetzt wird und die produzierten
227 Stoffe eine positive Klimabilanz aufweisen, ihr Einsatz technisch praktikabel und die
228 Kosten wirtschaftlich akzeptabel sind. Gleichzeitig birgt dies auch entwicklungspoliti-
229 sche Perspektiven, weil regenerativer Strom und Folgeprodukte (PtX) aufgrund der
230 Verfügbarkeit von Sonne und Wind in vielen Entwicklungsländern besonders kosten-
231 effizient erzeugt werden können. Insbesondere für deutsche Anlagenbauer ergeben
232 sich dabei auch große Exportchancen, denn sie sind bei der Entwicklung und Anwen-
233 dung verschiedener technologischer Möglichkeiten bislang führend. Wir wollen diese
234 Chancen nutzen und sowohl die Forschung und Entwicklung als auch den Bau von
235 Anlagen in großtechnischem Maßstab fördern.

236 Wir wollen Europa viel stärker einbinden und nutzen. Deutschland ist keine Insel. Un-
237 sere Volkswirtschaft ist in Europa eingebettet, so auch die Energie- und Mobilitäts-
238 wende. Wir sehen im Binnenmarkt und im gemeinsamen Ausbau der Infrastruktur eine
239 große Chance, die Energieversorgung aller Sektoren sicherer, klimafreundlicher und
240 kostengünstiger zu machen. Wir wollen uns daher intensiver als bisher mit unseren
241 Nachbarländern über die Regeln des Binnenmarktes und der Versorgungssicherheit
242 abstimmen. Der europäische Emissionshandel muss weiter gestärkt werden. Wir un-
243 terstützen den grenzüberschreitenden Netzausbau und ambitionierte Ziele für den eu-
244 ropäischen Klimaschutz, den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Energieeffi-
245 zienz.

246

247 **5. Klimastrategie für die Industrie vorantreiben, nachhaltige Innovationen för-** 248 **dern**

249 Die deutsche Industrie ist breit aufgestellt, international wettbewerbsfähig und sichert
250 qualifizierte, gut bezahlte Arbeitsplätze. Sie ist durch geschlossene Wertschöpfungs-
251 ketten gekennzeichnet. Diese wollen wir erhalten und ausbauen.

252 Für die deutsche Industrie bergen die nun anstehenden Veränderungen auch in der
253 Nachfrage nach klimaschonenden, nachhaltigen Produkten die Chance, mit innovati-
254 ver Technologie, nachhaltigen Produktionsprozessen und anerkannten Produkten auf
255 dem Weltmarkt erfolgreich zu sein und Arbeitsplätze zu schaffen. Den Weg dorthin
256 werden wir gemeinsam mit den Beschäftigten und Gewerkschaften wie auch den Ar-
257 beitgebern und Unternehmen gehen. Beim anstehenden Strukturwandel in einzelnen
258 Branchen werden wir an der Seite der Beschäftigten stehen, Qualifizierung und Fort-
259 bildung unterstützen, für gute Bedingungen für die Entwicklung neuer Technologien
260 sorgen.

261 Wir wollen, dass der Industriestandort dauerhaft zu den wettbewerbsfähigsten der Welt
262 gehört. Voraussetzung hierfür ist eine ambitionierte und progressive Innovations- und
263 Investitionspolitik. Um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, muss die

264 Wirtschaft die Wertschöpfung klimaneutral ausgestalten. Dafür brauchen wir eine öko-
265 logische Industriepolitik, in der der Staat eine aktivere, steuernde Rolle bei der Förde-
266 rung strategisch wichtiger Innovationen und Investitionen für die Dekarbonisierung der
267 Industrie übernimmt. Dazu gehören die Förderung und der großtechnische Einstieg in
268 die Wasserstoffwirtschaft, die Entwicklung einer Klimastrategie für die Chemieindustrie
269 und eine stärkere Unterstützung bei Forschung und Entwicklung zur Minderung der
270 Prozessemissionen.

271 Wir wollen einen verbindlichen Investitionsrahmen für die Markteinführung neuer, CO₂-
272 armer Technologien schaffen. In diesem Zusammenhang wollen wir auch über die
273 stärkere Nutzung klimafreundlicher Grundstoffe diskutieren. Auch der Bund als Bau-
274 herr kann hier eine Vorreiterrolle spielen.

275 **6. Verkehrswende sozial gerecht gestalten**

276 Eine nachhaltige und sozial gerechte Mobilitätswende ist längst überfällig. Durch den
277 Zuzug von immer mehr Menschen in die Städte und durch die älter werdende Gesell-
278 schaft verändert sich unsere Mobilität. Der Bedarf nach digitalen Mobilitätsangeboten
279 wächst.

280 Wir achten darauf, dass Mobilität bezahlbar bleibt und für alle in Stadt und Land ver-
281 fügbar ist. Mobilität ist für uns ein Grundrecht - unabhängig von Wohnort und Einkom-
282 men.

283 Die Automobilindustrie ist eine wichtige Exportbranche mit über 800.000 Arbeitsplät-
284 zen. Darunter ist ein hoher Anteil qualifizierter industrieller Facharbeit. Eine nachhaltig
285 ausgerichtete Industriepolitik konserviert nicht das Bestehende, sondern stellt die Wei-
286 chen, dass neue Wertschöpfungsketten (so in der Batteriezellproduktion, der Digitali-
287 sierung oder künftiger Wasserstoff-Technologien) in Deutschland aufgebaut werden.

288 Damit sich Deutschland zum Vorreiter moderner Mobilität entwickelt, der Automobil-
289 standort Deutschland nachhaltig gestärkt wird und die Bürger*innen zukünftig auf at-
290 traktive Mobilitätsangebote made in Germany setzen können, benötigen wir folgende
291 Schritte:

292 Den Umstieg auf ÖPNV und Radverkehr organisieren

293 Viele Bürger*innen können und wollen auf klimafreundliche Verkehrsträger umsteigen,
294 wenn Busse und Bahnen attraktiver und Fahrradwege sicherer werden. Der ÖPNV
295 muss für Bürger*innen flächendeckend einen guten Service zu guten Preisen bieten.
296 Außerdem kann die schrittweise Einführung eines 365 Euro Jahrestickets, verbunden
297 mit einem massiven Ausbau der Infrastruktur und der Fahrzeugkapazitäten helfen. Ge-
298 fragt ist hier eine zukunftsweisende Infrastruktur- und Kapazitätsplanung durch Länder
299 und Kommunen. Der Bund wird seine Unterstützung für den Ausbau der Infrastruktur
300 bei Bussen und Bahnen schrittweise auf jährlich eine Milliarde Euro pro Jahr erhöhen
301 (GVFG-Mittel). Gleichzeitig erwarten wir von den Ländern und Kommunen, dass sie
302 den Ausbau eines flächendeckenden ÖPNV mit eigenen Investitionen in funktionie-
303 rende Infrastruktur, eine bessere Vernetzung sowie guten Service unterstützen. Wich-
304 tig ist dabei auch, dass der ÖPNV auf elektrische/hybride Antriebe setzt und somit die
305 Verkehrswende vollzieht. Dafür braucht es klare Klima-Vorgaben an die ÖPNV-Be-
306 schaffung.

307 Auch der Radverkehr muss weiter gefördert werden und braucht dafür die entspre-
308 chende Infrastruktur. Außerdem können neue digitale plattformbasierte Mobilitäts-
309 dienstleister, Carsharing und Elektro-Kleinstfahrzeuge helfen, die Attraktivität des Um-
310 weltverbundes zu erhöhen und den Umstieg vom eigenen Auto erleichtern.

311 E-Mobilität ausbauen

312 Von zentraler Bedeutung für eine Verkehrswende ist ein klares Bekenntnis zur E-Mo-
313 bilität (batterieelektrisch, hybrid, Wasserstoff und Brennstoffzelle). Der Ausbau der not-
314 wendigen Ladeinfrastruktur ist längst überfällig. Gemeinsam mit der Automobilindust-
315 rie entwickeln wir in der Bundesregierung einen „Masterplan Elektromobilität“. Dazu
316 gehört, dass die öffentliche Hand in den nächsten Jahren massiv in die Ladeinfrastruk-
317 tur investiert, die steuerliche Förderung der E-Mobilität weiterentwickelt und das
318 Dienstwagenprivileg perspektivisch an den E-Motor koppelt. Mit der geplanten Verlän-
319 gerung der steuerlichen Förderung von E-Dienstwagen leisten wir einen wichtigen Bei-
320 trag, um den Hochlauf zu unterstützen. Darüber hinaus werden wir im Wohneigen-
321 tumsgesetz (WEG) die Vorschriften für die Errichtung von E-Ladesäulen zügig verein-
322 fachen.

323 Elektro-Neuwagenkauf mit einem sozial gestaffelten Bonus fördern

324 Umweltfreundliches Kaufverhalten muss sich lohnen. Autofahrer*innen, die beim Kauf
325 auf ein CO₂-armes Elektro-Auto setzen, erhalten beim Kauf einen Bonus (Umweltprä-
326 mie). Wir werden die bestehende Kaufprämie zu einem sozial gestaffelten Bonus über
327 das Jahr 2020 hinaus fortentwickeln, in dem Käufer*innen von Elektrofahrzeugen mit
328 einem niedrigen Listenpreis (bis zu 30.000 Euro) eine doppelt so hohen Bonus erhal-
329 ten wir beim Erwerb eines hochpreisigen Modells. Damit wollen wir Käuferinnen und
330 Käufer mit einem niedrigeren Einkommen gegenüber Reichen, die sich teurere Fahr-
331 zeuge kaufen, bevorzugen. Gleichzeitig werden wir den Bonus für Elektrofahrzeuge
332 an strengere Bedingungen bei Emissionen und Reichweite knüpfen. Für E-Taxen und
333 leichte E-Nutzfahrzeuge werden wir aufgrund der hohen Fahrleistung den Bonus ver-
334 doppeln.

335 Schiene stärken

336 Die Verlagerung von der Straße auf die Schiene ist notwendig. Unser Ziel ist die Ver-
337 doppelung der Anzahl der Passagiere im Schienenpersonenfernverkehr bis 2030 und
338 ein stärkerer Ausbau des Schienengüterverkehrs. Diese Vereinbarung aus dem Koa-
339 litionsvertrag gilt es, nun umzusetzen. Mit Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Bahn-
340 fernreisen kann die Attraktivität des Verkehrsträgers ebenso gesteigert werden wie mit
341 einer erhöhten Taktfrequenz. Der verstärkte Schienenausbau ist verbunden mit einem
342 starken Lärmschutz überfällig, die Reaktivierung von stillgelegten Strecken und zu-
343 sätzliche Investitionen in den Erhalt von Brücken und bestehende Schienenwege sind
344 notwendig. Die Schiene muss zukunftsfest gemacht werden. Dazu zählt der Ausbau
345 des Brennstoffzellbetriebs auf nicht elektrifizierten Trassen und die Digitalisierung
346 (ETCS) wie auch weitere Elektrifizierung von Schienenwegen. Im Rahmen einer öko-
347 logischen Steuer- und Abgabenreform muss über die Entlastung des Schienensektors
348 bei der Stromsteuer und EEG-Umlage entschieden werden.

349 Flugverkehr einen angemessenen Preis geben

350 Fliegen ist günstig, oftmals zu günstig. Es kann nicht sein, dass eine Bahnfahrt inner-
351 halb Deutschlands teurer ist als ein Flug. Fliegen muss einen angemessenen Preis
352 erhalten. Dafür brauchen wir eine angemessene europaweite Bepreisung von Kerosin
353 bzw. eine europaweite Ticketsteuer.

354 Anreize für klimafreundlichen Güterverkehr auf der Straße bei der Lkw-Maut setzen

355 Im Straßengüterverkehr gilt der Grundsatz, wer nutzt, der zahlt. Außerdem müssen
356 Lkws für ihre externen Kosten aus Luftverschmutzung und Lärmbelastung gerade ste-
357 hen. Dafür haben wir die Lkw-Maut schrittweise für alle Bundesstraßen und Bunde-
358 sautobahnen eingeführt. Um noch stärkere Anreize für den Einsatz von sauberen Lkws
359 (LNG, Wasserstoff, elektrisch) zu setzen, halten wir eine stärkere Bepreisung der ex-
360 ternen Kosten im Straßengüterverkehr für notwendig. Die Einnahmen aus den Wege-
361 kosten sollten weiterhin in den Erhalt und Ausbau der Straße fließen, die Einnahmen
362 aus den externen Kosten mit Hilfe eines Fonds „Klimaneutrale Mobilität“ z.B. der För-
363 derung von neuen klimafreundlichen Antriebsformen auf der Straße, dem Umstieg auf
364 die Schiene oder der Unterstützung von neuen urbanen Logistikkonzepten dienen.

365

366 **7. Schritt für Schritt zu einem klimaneutralen Gebäudebestand**

367 Unser Ziel ist bezahlbarer Wohnraum, der das Klima schützt. Bis zur Mitte des Jahr-
368 hunderts sollen unsere Gebäude nur noch so viel Energie verbrauchen, wie aus er-
369 neuerbaren Energien gedeckt werden kann. Dazu brauchen wir substanzielle Effi-
370 zienzsteigerungen, sowohl im Neubau als auch im Bestand. Statt einzelner Leucht-
371 turmprojekte brauchen wir integrierte quartiersbezogene Ansätze für ganze Stadtvier-
372 tel und mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Kommunen und Bürgergenossenschaften.
373 Dabei wollen wir Bürokratie und steuerliche Hemmnisse bei Installation und Betrieb
374 von Anlagen der Photovoltaik, der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und zur Energie-
375 Speicherung im Gebäudesektor beseitigen. Hier bleiben die Stadtwerke ein wichtiger
376 Partner, auch beim Aus- und Umbau der Fernwärme und der Ladesäuleninfrastruktur.

377 Anreize für Energieeinsparungen im Mietrecht verankern

378 Um zusätzliche Investitionen in Maßnahmen zur Energieeinsparung bei Wohnungen
379 zu erreichen und gleichzeitig den Druck auf die Mieterinnen und Mieter zu reduzieren,
380 könnte es sinnvoll sein, zukünftig die Warmmiete zur Grundlage der Mietgesetzgebung
381 zu machen. Außerdem ist eine Verankerung der energetischen Beschaffenheit des
382 Gebäudes im Mietspiegel sinnvoll.

383 Energetische Gebäudesanierung fördern

384 Die Förderung der energetischen Gebäudesanierung wollen wir niedrigschwelliger und
385 verständlicher gestalten, modernisieren und die Anreizwirkung für Investitionen der
386 Bürger*innen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien spürbar verstärken. Um
387 Mieter*innen mit niedrigen Einkommen bei der energetischen Gebäudesanierung be-
388 sonders zu entlasten, wollen wir bei Gebäuden des sozialen Wohnungsbaus eine hö-
389 here Förderquote für energetische Sanierungen einführen. Die Sanierungskosten dür-
390 fen im Gegenzug nicht auf die Mieten umgelegt werden.

391 Um stärkere Anreize für die energetische Sanierung von Gebäuden zu setzen, kann
392 neben den bestehenden Förderprogrammen eine weitergehende Förderung sinnvoll

393 sein. Voraussetzung ist, dass sie an der Weiterentwicklung des Ordnungsrechtes so-
394 wie der künftigen Einführung einer CO₂-Bepreisung im Gebäudesektor ausgerichtet
395 ist.

396 Abschalten von Ölheizungen fördern

397 Mit dem Austausch von alten Ölheizungen sinken der CO₂-Ausstoß bei der Wärme-
398 versorgung in Häusern wie auch die Heizkosten für Eigentümer sowie Mieterinnen und
399 Mieter. Daher halten wir eine gezielte finanzielle Förderung für sinnvoll, damit Hausei-
400 gentümerinnen und -eigentümer ihre Öl-Heizungsanlagen austauschen und auf klima-
401 freundliches Heizen umstellen.

402

403 **8. Ökologische Reform von Abgaben und Steuern**

404 Bisher leisten vor allem Haushalte mit geringeren Einkommen Beiträge zum Klima-
405 schutz. Sie fahren sparsamere Autos, nutzen häufiger den ÖPNV, wohnen in kleineren
406 Wohnungen und fliegen seltener. Gleichzeitig finanzieren sie bspw. über das EEG den
407 Klimaschutz, von dem wiederum Haushalte profitieren, die ein Hausdach mit Solaran-
408 lage ihr Eigen nennen können. Das EEG war ein klimapolitischer Erfolg, mit Blick auf
409 eine gerechtere Verteilung von Kosten muss in der Klimapolitik aber dringend nachge-
410 steuert werden.

411 Unser System der Entgelte, Abgaben, Umlagen und Steuern muss sich ändern. Unser
412 Ziel ist eine neue ökologische Steuer- und Abgabenreform. Dabei wollen wir auch
413 schrittweise das System umweltschädlicher Subventionen verlassen, um Investitionen
414 in zukunftsfähige Technologien und Strukturen zu ermöglichen. Während Strom trotz
415 zunehmender Einspeisung kostengünstiger erneuerbarer Energien durch hohe Abga-
416 ben belastet wird, sind die Preise für klimaschädliches Benzin, Diesel, Heizöl und Gas
417 in den letzten zehn Jahren weitgehend konstant geblieben, weil sie ihre wahren Kosten
418 für Klima und Gesundheit nicht vollumfänglich begleichen müssen. Diese Fehlanreize
419 wollen wir grundsätzlich beseitigen – fossile Energieträger müssen langfristig teurer,
420 Strom aus erneuerbaren Energien günstiger werden.

421 Mit einer Bepreisung von CO₂-Emissionen werden wir klimafreundlichere Technolo-
422 gien gerade in den Bereichen Wärme und Verkehr flankieren. Damit niemand unge-
423 recht belastet wird, werden wir das eingenommene Geld den Bürger*innen zurückge-
424 ben. Das gilt nicht zuletzt für diejenigen, die weite Wege zur Arbeit zurücklegen müs-
425 sen oder als Mieter*innen in Ballungsräumen in angespannten Wohnungsmärkten we-
426 nig kurzfristige Alternativen haben. Wir haben im Blick, dass gerade Bezieherinnen
427 und Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen keine finanziellen Mehrbelastungen er-
428 fahren dürfen. Unser Ziel: Wer klimafreundlich handelt, hat künftig mehr Geld in der
429 Tasche.

430 Eine CO₂-Bepreisung ist aber auch kein Allheilmittel. Sie ist eine notwendige, aber
431 längst keine hinreichende Bedingung für mehr Klimaschutz. Vielmehr brauchen wir
432 einen Instrumentenmix aus öffentlichen Investitionen, Ordnungsrecht und einer nach-
433 haltigen Ausgestaltung des Steuer- und Abgabensystems.

434

435 **9. Die Grundlagen unserer Landwirtschaft sichern**

436 Die Bilder vom Dürresommer 2018 sind in unseren Köpfen, das Sterben der Bienen
437 gilt als Synonym für schwindende Biodiversität. Hier ist Umsteuern gefragt. Machen
438 wir unsere Landwirte zu Nahrungsproduzenten und Artenschützern. Der Schlüssel
439 dazu liegt in Brüssel. Es ist Zeit, zusammen mit der neuen EU-Kommission und dem
440 neu gewählten EU-Parlament eine neue Agrarpolitik auf den Weg zu bringen, um es
441 der Landwirtschaft zu ermöglichen im Einklang mit der Natur zu wirtschaften.

442 Diese Agrarpolitik muss deutlicher dem Allgemeinwohl dienen und klimafreundlicher
443 gestaltet werden. Das derzeitige europäische Agrarförderungssystem ist ungerecht, denn
444 es richtet sich nach der Fläche und nicht nach den Leistungen für die Gesellschaft wie
445 umwelt- und klimaschonendes Wirtschaften, Landschaftspflege oder Tierschutz. Wir
446 fordern eine Reform nach dem Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“
447 und ein neues Anreizsystem, welches es der Land- und Forstwirtschaft ermöglicht,
448 betriebswirtschaftlich lohnend und gleichzeitig klimafreundlich tätig zu sein.

449

450 **10. Die Finanzierung des Wandels sichern und gestalten**

451 Der Staat alleine kann den ökologischen und digitalen Umbau von Wirtschaft und Inf-
452 rastruktur nicht finanzieren. Er muss auch dafür sorgen, dass privates Geld in einem
453 weit höheren Maße in die sozial-ökologische Transformation fließt statt in unproduktive
454 und gefährliche Finanzprodukte.

455 Und wir wollen Instrumente entwickeln, die es unserer Gesellschaft stärker ermögli-
456 chen, strategische Zukunftsinvestitionen zu tätigen und die enormen Zukunftsaufga-
457 ben der Transformation solidarisch und sozial gerecht zu finanzieren. Wir werden den
458 durch Erlöse aus Emissionszertifikaten gespeisten Energie- und Klimafonds zielge-
459 nauer für eine Förderung von neuen Infrastrukturen und Technologien nutzen; außer-
460 dem wollen wir das Vermögen des Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Ent-
461 sorgung in Zukunft stärker für klimapolitisch relevante Investitionen einsetzen. Wir wer-
462 den aber auch über weitere Instrumente beraten, um die Spielräume für Zukunftsin-
463 vestitionen zu erweitern (z.B. Einrichtung eines Transformationsfonds, Ökoanleihen
464 o.ä.).

465 Ein wichtiges Ziel des Klimaschutz-Abkommens von Paris ist das Umlenken aller Fi-
466 nanzströme, weg von klimaschädlichen und hin zu klimafreundlichen Investitionen.
467 Das gesamte Finanzsystem muss nachhaltiger werden. Bei Investitionsentscheidun-
468 gen müssen stärker auch ökologische und soziale Aspekte berücksichtigt werden. Hier
469 sollen staatliche Versorgungsrücklagen eine besondere Vorbildfunktion wahrnehmen.
470 Der Wert eines Unternehmens darf sich nicht nur an kurzfristigen Renditeerwartungen
471 orientieren, sondern muss auch Umwelt- und Klimaaspekte berücksichtigen. Wir wol-
472 len die Klimaberichterstattung für Finanzmarktakteure verpflichtend machen. Dafür
473 müssen klimarelevante Risiken in die Offenlegungspflichten integriert werden.